



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des BUND  
zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019**

- 1. Setzen Sie sich dafür ein, dass in ganz Europa Vereine wie der BUND bei politischen Prozessen beteiligt und ihre Rechte nicht eingeschränkt werden?**

**Antwort: V**

Die Einbindung der Zivilgesellschaft in den politischen Meinungsbildungsprozess ist CDU und CSU ein besonderes Anliegen. Denn die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist nur mit einer engagierten Bürgerschaft möglich. Durch eine weitere Demokratisierung wollen wir die Begeisterung und Beteiligung der Menschen in Europa weiter steigern. Die Rechte für Vereine und Organisationen gehören unbedingt dazu. Mit ihnen sind auch Pflichten gegenüber der Öffentlichkeit verbunden. So unterstützen wir die Forderung nach einer größeren Finanztransparenz. Es sollte ersichtlich sein, wie, wofür und durch wen sich eine Organisation finanziert.

- 2. Setzen Sie sich im Rahmen der EU-Agrarreform dafür ein, dass mindestens 30 Prozent der EU-Agrarzahlungen verwendet werden, um Maßnahmen für den Naturschutz zu honorieren?**

**Antwort: ?**

Bereits heute trägt die GAP an vielen Stellen dem Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ Rechnung. CDU und CSU wollen, dass die GAP noch umweltfreundlicher wird und Belange des Naturschutzes und Tierwohls noch besser berücksichtigt. Die steigenden gesellschaftlichen Anforderungen bezüglich Ressourcenschutz und Tierwohl führen jedoch zu höheren Belastungen für unsere Familienbetriebe, die durch öffentliche Mittel ausgeglichen werden müssen. Deshalb treten wir z. B. dafür ein, dass es finanzielle Anreize für besondere Naturschutzleistungen der Landwirte gibt, dass Landwirte dafür also eine echte Entlohnung erhalten und nicht nur einen Nachteilsausgleich.

Bisher sind 30 Prozent der Direktzahlungen an die Erbringung konkreter Umweltleistungen gebunden. Zudem müssen die Mitgliedstaaten auch mindestens 30 Prozent der Mittel der zweiten Säule für umweltbezogene Maßnahmen einsetzen, z. B. zur Förderung des Ökolandbaus oder für Agrarumweltprogramme. Die bisherigen Vorschläge für die Weiterentwicklung der GAP nach 2020 versprechen eine noch stärkere

Umwelt- und Naturschutzorientierung. Allerdings ist inzwischen klar, dass weder die GAP noch der Mehrjährige Finanzrahmen vor der Europawahl verabschiedet werden. Es kann deshalb derzeit nicht seriös abgeschätzt werden, wie hoch das Agrarbudget sein wird und wie die zukünftige GAP konkret aussehen wird. Insofern wäre es unredlich, sich schon jetzt auf einen Prozentsatz für Naturschutzleistungen festzulegen. Fest steht, dass unser Ziel eine nachhaltigere GAP ist.

**3. Setzen Sie sich dafür ein, dass Umweltaspekte im Pestizidzulassungsverfahren gestärkt werden?**

**Antwort: V**

CDU und CSU befürworten eine Überarbeitung der Genehmigungs- und Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln in der EU, wie sie das EU-Parlament beschlossen hat. Mehr Transparenz, die Gewährleistung einer unabhängigen Prüfung und ein noch besserer Schutz von Gesundheit und Umwelt sind das Ziel. Wichtig ist uns, dass Bewertung und Zulassung auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen. Wir wollen zudem die Erforschung von Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz sowie von Ersatzwirkstoffen verstärken und uns dafür einsetzen, dass neue umweltfreundliche Pflanzenschutzmittel zügig zugelassen werden.

**4. Setzen Sie sich für die Anhebung der EU-Ziele zu Klima und Erneuerbaren Energien ein?**

**Antwort: ?**

Den großen Herausforderungen beim Klimaschutz können wir größtenteils nur auf internationaler Ebene begegnen. Wir stehen deshalb zu den ambitionierten EU-Klimazielen. Es geht jetzt aber darum, die bereits gesetzten Ziele auch zu erreichen. So soll das 40-Prozent-Reduktions-Ziel bis Ende 2019 durch nationale Pläne untermauert werden. Dies sollten wir jetzt nicht durch Zieländerung gefährden. Die Zielsetzungen der EU in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz wurden 2018 angehoben. 2023 soll hier über eine weitere Anhebung der Ziele entschieden werden.

In erster Linie setzen wir auf marktwirtschaftliche Instrumente. Die erfolgte Reform des europäischen Emissionshandels (ETS) war auch in diesem Sinne ein wichtiger

Schritt, um den europäischen Klimaschutz kosteneffizient voranzubringen. Wir wollen ihn weiter stärken, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, die im globalen Wettbewerb steht, zu schwächen. Deshalb und für einen wirksameren Klimaschutz wollen wir, dass sich die EU konsequent für eine globale Bepreisung von Treibhausgasemissionen einsetzt. Zudem ist wichtig: Klimaschutz braucht Technologieoffenheit auf dem Weg zu einer möglichst schnellen und deutlichen globalen Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Das wollen wir mit Forschungs- und Investitionsförderung weiter kraftvoll unterstützen.

**5. Setzen Sie sich dafür ein, dass die EU-Verkehrspolitik bevorzugt in die Schiene statt in die Straße investiert?**

**Antwort: ?**

Wir sorgen dafür, dass unsere Infrastruktur dem Wunsch der Menschen nach mehr Mobilität entspricht. Europa soll führend bei integrierten Verkehrssystemen sein. Durch die enormen Möglichkeiten der Digitalisierung wird es künftig zur Entstehung völlig neuer Mobilitätskonzepte kommen – diese gilt es, auch im Sinne des Klimaschutzes zu nutzen. Für CDU und CSU ist dabei ein möglichst flächendeckender Schienenpersonenfernverkehr für die Attraktivität des Standorts Europas sowie für den Klimaschutz unverzichtbar. Allerdings braucht Europa neben einem flächendeckenden Schienennetz genauso ein gut ausgebautes Straßennetz sowie leistungsstarke Flughäfen und Wasserstraßen.